

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 460

14. Mai 25
35. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Die Linke will den Dialog

Beschlüsse zum Nahost-Konflikt auf dem Bundesparteitag der LINKEN.

Kritik an einem Parteitagsbeschluss der LINKEN vom 10. Mai gab es vom Zentralrat der Juden. Deshalb hat Parteichefin Ines Schwerdtner am 12. Mai angekündigt, das Gespräch mit der jüdischen Gemeinschaft zu suchen.

Um was geht es? Beim Bundesparteitag in Chemnitz gab es eine knappe Mehrheit dafür, die in Deutschland genutzte Definition für Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) nicht zu verwenden und statt dessen auf die so genannte Jerusalemer Erklärung zu setzen. Wer sich mit beiden nicht intensiv beschäftigt hat, hat es schwer, überhaupt der Diskussion folgen zu können. Deshalb sei hier der Blog von Prof. Benjamin-Immanuel Hoff empfohlen, ehemaliger Minister in Thüringen und Hochschullehrer. Er erklärt umfassend, worum es eigentlich geht. Er verweist auf den im Oktober 2024 durch den Bundesparteitag in Halle gefassten Beschluss zum Krieg in Gaza unter der Überschrift: „Deeskalation und Abrüstung in Nahost – für Frieden, Völkerrecht – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus“. Vorausgegangen war, so Hoff, ein massiver Konflikt im Berliner Landesverband. Für die Linkspartei habe sich im Hinblick auf die eigene Beschlusslage seit dem ver-

gangenen Herbst aber nichts verändert. Die dort formulierte Position ist weiterhin aktuell. Der vom Parteivorstand am Vorabend des aktuellen



Grafik: Pixabay

**Die Linke:
Positionen, die uns vereinen,
gehören in den Mittelpunkt.**

Parteitages gefasste Beschluss „Das Existenzrecht Israels ist für uns nicht verhandelbar“ machte unmissverständlich klar, in welchem Rahmen berechtigte Kritik an der Politik der Rechtsregierung Israels verläuft.

Der Chemnitzer Bundesparteitag fasste auch den Beschluss „Vertreibung und Hungersnot in Gaza stoppen – Völkerrecht verwirklichen!“. Dann jedoch gab es ebenfalls eine Mehrheit für den eingangs erwähnten Beschluss. Dies sei nicht nur ein

Pyrrhussieg, sondern auch in jeder Hinsicht falsch, kommentiert Benjamin-Immanuel Hoff. „Dieser Beschluss ist nicht nur deshalb problematisch, weil er eine umstrittene Definition durch eine andere ersetzt. Er ist grundsätzlich verfehlt, weil die politische Instrumentalisierung wissenschaftlicher Begriffe scheitern muss. Sie ersetzt Politik durch dogmatische Kanonisierung und endet letztlich im Bestreben, die Definition juristisch aufzuladen. Darum geht es im Übrigen in dem seit Jahren laufenden Konflikt um die sogenannte IHRA-Definition.“ Hoff bringt mit seiner Erklärung „Licht ins Dunkel“ auf <https://www.benjamin-hoff.de>.

Seine Schlussfolgerung: „Es ist dasselbe Spiel der Instrumentalisierung von Wissenschaft zu politischen Zwecken. Und im Übrigen nicht einmal „links“, wenn diese politische Haltung sich weiterhin als aufklärerisch versteht. Die neue LINKE sollte klug genug sein, sich an der Kanonisierung vermeintlicher Wahrheiten nicht zu beteiligen.“ Hoff's Schlussfolgerung: „Die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt zu stellen – an dieser Lernaufgabe muss Die Linke weiterhin noch wachsen.“ bc

**Die politische Instrumentalisierung
wissenschaftlicher Begriffe
muss scheitern.**



nächste Online-Ausgabe am 15. Mai

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.